

Erhalten 8 mal wöchentlich mit der Wöchentlichen Staats-
beilage „Der Feuerleiter“ und weiteren Zeitbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. II mit St. Kennblatt und Feuerleiter Bl. 1,70
Ausg. I ohne St. Kennblatt u. mit Feuerleiter Bl. 2,20
Ausg. II ohne St. Kennblatt u. ohne Feuerleiter Bl. 1,70
Eingelnummer 10 Pfg., Kennblatt u. Sonntag-Bl. 20 Pfg.

Verlagsgesellschaft
Hauptverleger: Die Wöhlert 22 am breiten Platz 8 Pfg.
— für Familienmitglieder und Einzelgläubige 5 Pfg. —
Für Abbestellungen können wir keine Gewähr leisten

Sächsische
Volkszeitung

Unabhängige Tageszeitung
für christliche Politik u. Kultur

Aufgaben des Haus- und Grundbesitzes

Ausführungen von Reichsarbeitsminister Selbte auf der Führertagung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzvereine

Das Verhältnis Mieter—Vermieter Die Handwerkskarte

Berlin, 24. Jan.
Im großen Sitzungssaal des Preußenhauses begann am
Donnerstagvormittag unter außerordentlich starker Beteiligung
aus dem ganzen Reiche die Führertagung des Zentra-
lverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzvereine e. V. Diese Tagung ist dazu bestimmt, der
Öffentlichkeit ein Bild von den großen Problemen der Woh-
nungswirtschaft zu geben, an deren Lösung der deutsche Haus-
und Grundbesitz an verantwortlicher Stelle mitzuwirken ent-
schlossen ist. Die große Reihe der Fachvorträge zeigte den
Umfang dieser Aufgaben. Die Bedeutung der Tagung wurde
unterstrichen durch die Anwesenheit von Vertretern
fast sämtlicher Reichsministerien, Behörden und
Parteiorganisationen. Unter ihnen befanden sich Reichsarbeits-
minister Selbte, Staatssekretär Krohn, sowie der Leiter
des Heimstättenamtes der NSDAP, Dr. Lubowitz.

Der Präsident des Zentralverbandes wies in seiner
Eröffnungsvorrede u. a. darauf hin, daß das Problem der
Mieter und Vermieter nur gelöst werden könne, wenn die Interes-
sen aller an der Wohnungswirtschaft Beteiligten berücksichtigt
würden.
Reichsarbeitsminister Selbte
führte in einer längeren Ansprache u. a. aus: Der deutsche
Hausbesitz mit seinen über 13 Millionen Alt- und über 3 Mil-
lionen Neubauswohnungen und den großen, darin investierten
Kapitalvermögen stellt nicht nur wirtschaftlich einen Faktor von
ungeheurer Bedeutung dar. Ihm ist als Verwalter dieser Woh-
nungen, der Seine für die deutschen Menschen, auch eine
äußerst verantwortungsvolle soziale Aufgabe
gestellt. Die Regierung legt in den deutschen Hausbesitz
das Vertrauen, daß er sich dieser großen Verantwortung
für die Volksgemeinschaft bewußt ist. Sie hat ihn deshalb zum
Vorträger in der Arbeitskommission ernannt. Über 600 Mil-
lionen RM hat die Reichsregierung dem Hausbesitz als
Zuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten zur Verfügung
gestellt. Die große Instandsetzungsaktion liegt
in wesentlichem Maße an uns. Der Hausbesitz hat dabei,
ebenso wie das Handwerk und die sonst Beteiligten, voll seine
Pflicht getan. Zur annähernd drei Milliarden RM. Aufträge
sind vom Hausbesitz vergeben.

Heute kann man feststellen, daß die von der Reichsregie-
rung ergriffenen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung auch
eine Besserung in der Lage des Hausbesitzes ge-
bracht haben. Fast 170.000 früher unermittelbare große Woh-
nungen, sind durch Teilungen und Umbauten wieder
vermietbar geworden. Die allgemeine Belebung der Wirt-
schaft hat die Zahlungskraft der Mieter gestärkt und damit
die Mietansprüche verringert; die Nachfrage nach Wohnungen ist
begünstigt durch die starke Zunahme der Eheschließungen lebhaf-
ter geworden. Zwei Dinge vor allem sind es, die ihnen be-
sonders Sorge bereiten, die Zinsen und die Steuern.
Für den Altbesitz stehen die Steuern, für den Neubesitz
die Zinsen im Vordergrund. Die für die steuerliche Ent-
lastung des Altbesitzes dringend erwünschte Senkung
der Hauszinssteuer tritt, wie Ihnen bekannt ist, mit
dem 1. April 1935 schon ein. Was weiter die Zinsfrage
anbelangt, so beginnt die auf eine organische Senkung des all-
gemeinen Zinsfußes aufgebauete Politik der Reichsregierung
mehr und mehr ihre Früchte zu tragen.

Zum Schluß dankte der Minister dem Präsidenten Tribius
dafür, daß er bemüht sei, im Interesse der Volksgemeinschaft
zu einem günstigen Verhältnis zwischen Mieter
und Vermieter zu gelangen. Dabei sei der Einheits-
mietvertrag ein wichtiger Markstein. Vielleicht lasse es
sich ermöglichen, den Einheitsmietvertrag zum Muster eines
Dyppothekensystems zu machen und dann den Hausbesitz von
einzelnen überholten Ässeln zu befreien, um den Hausbesitz
gewissermaßen zu einem Treuhänder der ganzen Nation zu
machen.

Nach einem Dankwort des Präsidenten Tribius an
Reichsminister Selbte begann die Reihe der Referate.

Zunächst sprach Reichshandwerksmeister Schmidt über
„Handwerk und Hausbesitz“.

Der Präsident des Reichshandwerksbundes, Generalleutnant
a. D. Grimme, hielt einen Vortrag über „Die Zusammen-
arbeit des Reichshandwerksbundes mit den deutschen Haus-
und Grundbesitzern“.

Ministerialdirektor Dr. Kühne vom Reichsfinanzministe-
rium legte die Bedeutung, Ziele und Methoden der Einheits-
bewertung des Grundvermögens dar.

Die Tagung wird am Nachmittag fortgesetzt.

Nach einem Wort des Reichskommissars für den
Mittelstand, Ministerialdirektor Dr. Wienbeck, bedeutet
die 3. Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deut-
schen Handwerks vom 23. Januar, die die Einführung der
Handwerkskarte bringt, einen großen historischen
Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Hand-
werks. Mit ihr findet ein Jahrzehntelanger, häufig mit
Erbitterung geführter Kampf um die Gestaltung und Ent-
wicklung des deutschen Handwerks ein für den Mittelstand
regelndes Ende. Als die Einführung der Reichsgewerbe-
ordnung vom Jahre 1869 für das ganze Reich das Prinzip
der Gewerbefreiheit brachte, waren auch weite
handwerkliche Kreise froh darüber, von den zahlreichen und
übermäßigen Zunftbindungen befreit zu werden, die sich im
Laufe von Jahrhunderten zu unheimlich anwachsenden
Verbindungen hatten, nachdem sie ursprünglich nur der Ordnung
des Handwerksstandes, der Sicherheit der Qualitätseinstellung
und damit der sinnvollen Bezugsquelle und Verbundenheit
des Handwerks mit dem Gesamtvolke und seiner Ein-
gliederung in die sittliche Ordnung dienen sollten. Aber
nicht lange war der Handwerksstand über das Gewicht der
wirtschaftlichen Freiheit beglückt, denn mit der Förmung aller
Bindungen und mit der Aufgabe des bisherigen traditions-
gebundenen Zusammenhalts verlor er niehends an
Macht und Stärke. Den zugezogenen und übermächtigen
Kräften eines liberalen Kapitalismus war der von Hause
aus kleine Handwerksbetrieb, der sich auch weiterhin durch-
weg nur an einen engherzigen Kundentkreis wenden
konnte, im Konkurrenzkampf nicht gewachsen. Schon
bald sah er sich einem Wirtschaftskampf ausgesetzt, in
dem fast alle Kräfte, das Kapital, die Technik und der
Staat, gegen ihn standen und denen er im wesentlichen nur
die Qualität seiner Leistungen und die persönlichen Be-
ziehungen zu seinen Kunden entgegenzustellen vermochte.

Es ist bewundernswert, wenn man diese un-
günstige Kampfsituation berücksichtigt, in wie starkem Maße
es dem Handwerk durch die Jahrzehnte hindurch trotzdem
gelungen ist, seine wirtschaftliche Existenz wie auch sein An-
sehen zu erhalten. Freilich vermochte er seine Position auf
in dieser Zeit nicht ohne die Mitwirkung des Staates
zu behaupten. Aber es war nicht so, als daß der
Staat, der sowohl vor dem Kriege wie nachher in grundsätz-
lich liberalistischen Gedankenengängen befangen war, ihm diese
Unterstützung gerne und freiwillig geboten hätte. Dafür
standen fast alle Wünsche des Handwerks, die sehr bald
nach der Einführung der Gewerbefreiheit wieder auf
handwerkliche Zusammenhalt, Fernhaltung ungelegener
Elemente und Förderung seiner wirtschaftlichen und sit-
tlichen Ziele hinausliefen, viel zu sehr mit den Grundan-
forderungen der liberalen Gesellschaftsverfassung im Wider-
spruch. So bedurfte es stets eines hartnäckigen und opfer-
reichen Kampfes, bevor dem Handwerk mehr oder weniger
kleine Zugeständnisse gemacht wurden. Der Staat griff nur
dann zu seinen Gunsten ein, wenn er aus staatspoli-
tischen Gründen sich zu einer Stützung der wirtschaftlichen
Existenz dieses für das gesamte Volkselemente und die politische
Ordnung unentbehrlichen Standes veranlaßt sah. Nur so
sind die Zugeständnisse erfolgt, die im Jahre 1881
dem Handwerk dadurch gemacht wurden, daß die Zünfte
abgeschafft, die Befugnisse erhalten, Gefellen- und Meisterprüfungen
abzuhalten, daß 1897 mit der Einführung der Handwerks-
kammern Vorschriften für das Halten und Anlernen von
Lehrlingen erlassen wurden, daß 1908 der kleine Befähig-
ungsnachweis eingeführt wurde, wonach die Anleitung
von Lehrlingen nur noch geprüften Meistern zulässig war, und
daß 1929 die Ausübung eines selbständigen Handwerks-
berufes von der Eintragung in die Handwerksrolle ab-
hängig gemacht wurde, ohne daß jedoch der Nachweis einer
bestimmten Befähigung gefordert wurde.

Die jüngste Entwicklung nahm folgenden Verlauf. Noch
im Jahre 1933 wurde das Rahmengesetz über den vor-
läufigen Aufbau des deutschen Handwerks erlassen, dessen
erste Verordnung vom Juni vorigen Jahres die Einführung
der Pflichtinnung und die Schaffung der handwerklichen
Ehrentitel brachte. Damit war eine straffe Or-
ganisation für alle diejenigen geschaffen, die sich im
Handwerk betätigten. Ihr Tun und Lassen, über das sie
vorher — außer ihrem Gewissen — im wesentlichen nur
dem Strafrichter Rechenschaft schuldig waren, muß von nun
an den erhöhten Ansprüchen der Standesehre ge-
nügen. War schon hiermit eine wichtige Stütze für eine
moralische Wiederaufrichtung der Handwerkskraft gege-
ben, so fehlte es bisher andererseits noch an einer Aus-
leistungsmöglichkeit nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wer konnte bisher nicht alles einen selbständigen
Handwerksberuf ausüben, ohne über die erforderlichen

Billigung der französischen Außenpolitik
Herriot vor dem Volksgausausschuß der radikalsozialistischen Partei

Paris, 24. Jan.

Der Volksgausausschuß der radikalsozialistischen Partei
hielt am Mittwochabend eine Sitzung ab, in der der Parteivor-
sitzende, Staatsminister Herriot, eine politische Bilanz zog.
Er vergleicht mit Befriedigung, daß Parlament und Regie-
rung in den letzten Monaten unter normaler Anwendung der
verfassungsmäßigen Methoden nützliche Arbeit geleistet hätten.
Die Stellung seiner Partei zur Entwarnung der Kampfbünde
hennzeichnete Herriot etwa dahin, daß es sich nicht darum
gehandelt habe, gegen diesen oder jenen Verbund Vergeltungs-
maßnahmen zu treffen. Die freie Aussprache müsse gewahrt
werden und dürfe nicht unter dem Druck des Gummihüppels
oder des Revolvers stehen. Die Radikalsozialisten seien für die
Freiheit der Versammlung und der Vereinigung. Aber nach
ihrer Ansicht müßten die Waffen allein den Vertretern der öf-
fentlichen Streitmacht vorbehalten bleiben. Die übermäßige Zahl
von Anschlägen, die Häufigkeit von Angriffen aller Art, die
unzulässige leichtfertige Handhabung des Waffenhandels, der
breite Raum, der in der Öffentlichkeit den verbrecherischen
Handlungen gewidmet werde, seien richtige Schandflecke, von
denen das Volk befreit werden müsse. Nach einigen hoffnungs-
vollen Worten über die Bekämpfung der Krise bemerkte Herr-
riot dann außenpolitisch:

Frankreich müsse wachsam sein.

Die bisherigen Vorsichtsmaßnahmen für die etwaige Vertei-
digung des französischen Volkes, das niemals an-
gegriffen werde, die korrekte Behandlung der Saarfrage,
die so viele Sorgen hervorgerufen habe und die es erlaube,
sowohl die vaterländische Danamisch Deutschlands wie auch die
friedliche Weltlichkeit des Völkerverbandes festzustellen, bildeten
die Linie, die Frankreich auch in Zukunft weiter verfolgen
wolle. Die Annäherung Frankreichs an Sowjet-
rußland habe sich verstärkt und verwandelte sich hoffentlich
in eine richtige Freundschaft. Das Vertrauen Frankreichs zum
Völkerverband sei gestiegen. Aus vaterländischen Gründen lasse
Frankreich seine Sicherheit weniger in der Erhöhung seiner
Ehrentitel als in der Bekämpfung der Rüstungen. Herriot schloß mit
einer Loyalitätserklärung an die Regierung

Madrid: „Wir haben frei und in herzlicher Weise eine
Regierung unseren Bestand geliebt, die es gewagt hat, sich als
republikanisch zu bezeichnen, und sich auch so zu zeigen“. In
einer Entschließung, die die Außenpolitik der Regierung Span-
dis als mit den Parteiprogrammen übereinstimmend anerkennt
und billigt, werden alle Fragen aufgezählt, nur von der
Politik Deutschlands — Frankreich ist überhaupt
nicht die Rede.

Der Kirchentkampf in Mexiko

Mexiko, 24. Jan.

In dem seit längerer Zeit in Gustavo A. Madero unge-
stauten Vorort Mexikos, Guadalupe, wo sich die Kirche der
mexikanischen Schutzheiligen befindet, herrschte am Mittwo-
chmittag größte Aufregung. Rund 400 mit Knüppeln be-
waffnete katholische Demonstranten durchzogen die Straßen.
Die Ursache dieser Aufregung war darauf zurückzuführen, daß der
Nichter in die Wohnung des Abtes der Kirche von
Guadalupe in dessen Abwesenheit gewaltfam ein-
drang, um die Kirchenschätze einer Bestandsaufnahme zu
unterziehen. Die Menge glaubte, es sei die Befehlsgewalt der
Kirchenschätze vorgezogen, unter denen sich auch ein Bildnis
des heiligen Jungfrau befindet. Während sich die Polizei auf
Weisung des mexikanischen Vizepräsidenten gegenüber der
Menge der geübten Zurückhaltung beschränkte, versuchte die
Feuerwehr, die Menge mit Wasser auseinanderzutreiben. In
dem dabei entstehenden Handgemenge wurden 4 Feuerwehr-
männer und 10 Runderbe verletzt.

Im Außenministerium wird augenblicklich die Frage einer
Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjet-
union erwogen. Eine Entscheidung darüber dürfte, wie aus
guter Quelle verlautet, noch vor Ende Januar zu erwarten
sein.

Druck-
maschinen
aller Art
in moderner
Ausführung
liefern
Bermeria
Dresden
noch
e, ein einliger-
zu injizieren.